

2.1 Die energiepolitische Ausgangslage der Bundesrepublik Deutschland

M1 Energieversorgung in Deutschland (Stand 09. Januar 2007)

Die Abhängigkeit von Energieimporten, steigende Energiepreise und der globale Klimawandel stellen die Energiepolitik vor große Herausforderungen [...].

Die Zukunft Deutschlands hängt von einer wirtschaftlichen, sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung ab.

Deutschland ist abhängig vom Import

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Rund 97 % des benötigten Mineralöls, 83 % des Gases, 61 % der Steinkohle werden importiert.

Uran muss sogar zu 100 % importiert werden. Fast die Hälfte davon bezieht Deutschland aus Kanada, ein Viertel liefert Großbritannien. Knapp ein Fünftel wird aus Russland und 8 % aus Frankreich importiert. Der größte Energielieferant Deutschlands ist die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) einschließlich Russland. Sie liefert 41 % des Erdöls, 37 % des Gases, 19 % des Urans und 8 % der Kohle. Daneben wird Erdöl hauptsächlich aus Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Libyen und Syrien importiert. 26 % des Erdgases liefert Norwegen. Aus den Niederlanden kommen 18,8 %. Das ist geringfügig mehr als Deutschland im Inland an Gas gewinnen kann.

Energieverbrauch und Versorgung

Anders als in vielen anderen Industriestaaten ist der Energieverbrauch in Deutschland seit vielen Jahren weitgehend stabil. Er erreichte bereits 1979 sein Maximum.

Die Energieversorgung Deutschlands ist breit verteilt. Der Anteil des Mineralöls zum Primärenergieverbrauch lag zu Beginn der 90er-Jahre noch bei 40 %. Er ist bis 2005 zugunsten des zunehmenden Einsatzes von Erdgas auf 36 % gefallen.

Mineralöl und Erdgas zusammen liegen seit Jahren relativ stabil bei fast 60 %. Erdgas hat gegenwärtig einen Anteil

von 23 %, Steinkohle von 13 %, Kernenergie von 12 % und Braunkohle von 11 %. Der Beitrag der erneuerbaren Energien erreichte 2005 einen Anteil von 4,7 %.

Einsparpotenziale nutzen – erneuerbare Energien ausbauen
Die beste Energie ist die, die nicht gebraucht wird. Die Bundesregierung motiviert die Verbraucherinnen, Verbraucher und Unternehmen deshalb zum Energiesparen und zur effizienteren Energienutzung.

Bei den erneuerbaren Energien und der Braunkohle kann die Energieversorgung dagegen nahezu vollständig auf heimische Energieprodukte zurückgreifen. Auch deshalb werden diese Energien weiterentwickelt und ausgebaut. Dafür sind bis zu 40 Milliarden Euro vorgesehen. Ein wichtiger Schritt, um zu einem nachhaltigen Energiemix zu kommen.

Der Anteil an erneuerbaren Energien in der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2010 auf mindestens 12,5 % und bis 2020 auf mindestens 20 % steigen. 2005 betrug er bereits 10,4 %, 2006 waren es [...] 11,8 %. Die mittel- und langfristigen Ziele der Bundesregierung für den Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieverbrauch sind 4,2 % im Jahr 2010 und 10 % bis 2020.

Die Bundesregierung wird die Mittel für Energieforschung und Innovation bis 2009 um zwei Milliarden Euro erhöhen. Eine energiesparende Gebäudesanierung wird mit jährlich 1,4 Milliarden Euro gefördert.

Darüber hinaus machen die Sicherheit der Energieversorgung und der Klimawandel eine enge europäische und internationale Zusammenarbeit erforderlich. Diese Themen greift die Bundesregierung im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft und ihrer Präsidentschaft im G8-Prozess in diesem Jahr auf.

www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2007/01/2007-01-09-energieversorgung-in-deutschland,layoutVariant=Druckansicht.html, aufgerufen am 21. Juli 2008

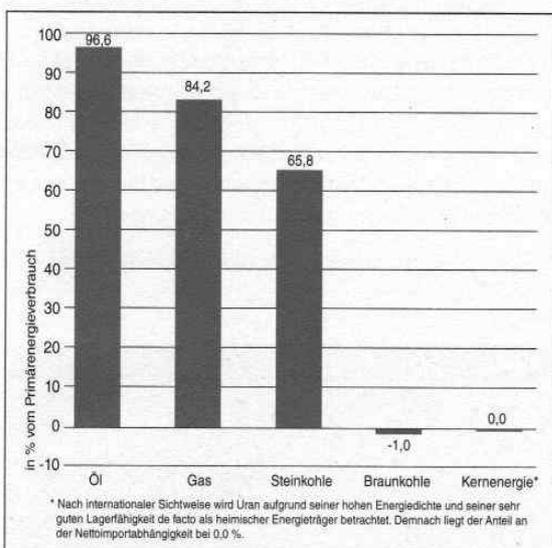


Abb. 38.1: Nettoimportabhängigkeit nach Energieträgern im Jahr 2006

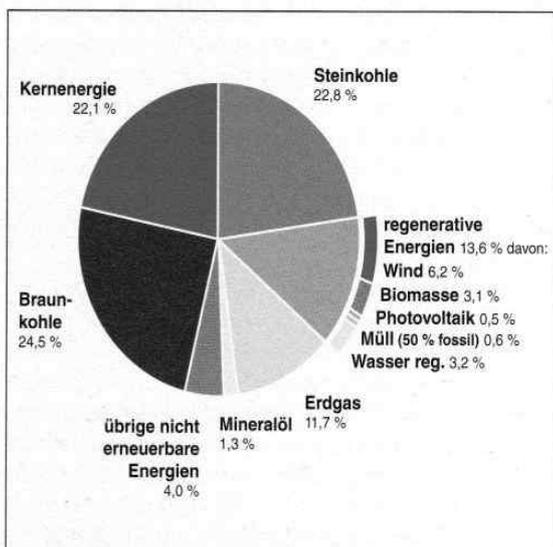


Abb. 38.2: Anteil der Energieträger bei der Stromerzeugung

M2 Energiepolitische Ziele Deutschlands

Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit: Dies sind die Ziele, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie als federführendes Ministerium in der Energiepolitik verwirklichen möchte.

5 Ziel Wirtschaftlichkeit

Marktwirtschaftliche Strukturen und funktionierender Wettbewerb sind die besten Voraussetzungen für wirtschaftliche – das heißt: effiziente – Energiebereitstellung und -nutzung. Die konsequente europaweite Liberalisierung der Märkte für Strom und Gas ist beispielsweise eine Voraussetzung dafür, dass sich auch in diesen, früher von Monopolen geprägten Wirtschaftszweigen der Wettbewerb entfaltet und wettbewerbsfähige Preise entwickeln. Davon profitieren industrielle und private Verbraucher sowie die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland insgesamt.

Ziel Versorgungssicherheit

Versorgungssicherheit bedeutet, für die Energienachfrage jederzeit ein ausreichendes Angebot an Energieträgern sicherzustellen. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland in besonderem Maße auf Importe angewiesen. Je vielfältiger der Energieträgermix ist und je mehr Bezugsquellen überall auf der Welt genutzt werden, desto sicherer ist die Versorgungslage – dies gilt auch angesichts des beschlossenen Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie. Wichtig ist auch die sparsamere und rationellere Energieverwendung, denn auch die Reduzierung des Energiebedarfs trägt zur Versorgungssicherheit bei.

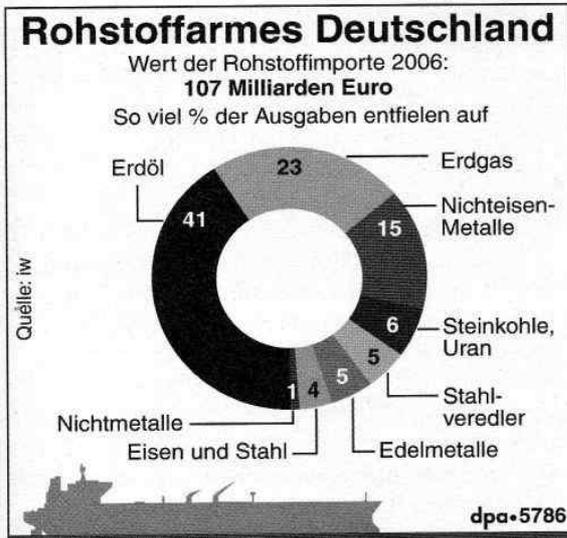


Abb. 39.1: Rohstoffarmes Deutschland

Ziel Umweltverträglichkeit

Unter Umweltverträglichkeit wird die möglichst schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen verstanden. Im Energiebereich gehört wirksamer Klimaschutz zu den weltweit größten Herausforderungen. Die Bundesregierung hat zahlreiche Initiativen ergriffen, damit Energie sparsamer und rationeller eingesetzt wird und erneuerbare Energien in Zukunft einen höheren Anteil an der Energieerzeugung haben. Damit wirksame Klimaschutzpolitik sich nicht negativ auf die

Wettbewerbsposition unserer Unternehmen auswirkt, müssen Maßnahmen zur Emissionsminderung nicht allein national, sondern möglichst im europäischen und internationalen Verbund vorangetrieben werden.

www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/ziele-der-energiepolitik.html, aufgerufen am 11. Oktober 2008

M3 Energiepolitische Ziele der Europäischen Union

Energie ist für unser Leben von zentraler Bedeutung. Im Verkehr, beim Heizen und Klimatisieren unserer Wohnungen, beim Betrieb unserer Fabriken, Bauernhöfe und Büros sind wir auf sie angewiesen. Fossile Brennstoffe stehen jedoch nicht unbegrenzt zur Verfügung und sind außerdem eine der wichtigsten Ursachen für die Erderwärmung. Wir können aus fossilen Brennstoffen gewonnene Energie also nicht mehr als selbstverständlich betrachten. Um eine kohlenstoffarme Wirtschaft und Energieeinsparungen zu fördern, müssen wir eine integrierte Energie- und Umweltpolitik mit klaren Zielen und Zeitplänen betreiben.

Für eine nachhaltige Zukunft hat sich die EU folgende Ziele gesetzt:

- Einsparungen von 20 % des prognostizierten Energieverbrauchs bis 2020,
- Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 20 %,
- Erhöhung des Anteils der Biokraftstoffe am Gesamtverbrauch von Benzin und Diesel bis 2020 auf mindestens 10 % – vorausgesetzt, dass nachhaltige Biokraftstoffe der zweiten Generation aus dem nicht für Nahrungszwecke bestimmten Anbau auf dem Markt erhältlich sind,
- Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 %, Schaffung eines Energiebinnenmarktes, der für alle Bürger und Unternehmen von wirklichem Nutzen ist, bessere Einbeziehung energiepolitischer Aspekte in andere EU-Politikfelder wie Landwirtschaft und Handel,
- Ausbau der internationalen Zusammenarbeit.

[...] Ziel der EU ist es, bis 2050 über 50 % der für Stromerzeugung, Industrie und Haushalte benötigten Energie aus kohlenstofffreien Quellen, d.h. aus nicht-fossilen Brennstoffen, zu gewinnen. Dazu zählen Windenergie, Biomasse, Wasserkraft, Sonnenenergie, Biotreibstoffe aus organischem Material und der Einsatz von Wasserstoff als Treibstoff [...]

http://europa.eu/pol/ener/overview_de.htm, aufgerufen am 21. September 2008

ARBEITSAUFTRÄGE

1. Erstellen Sie einen Steckbrief zur energiepolitischen Lage der Bundesrepublik Deutschland!
2. Erläutern Sie mögliche Zielkonflikte bei den energiepolitischen Zielen der Bundesrepublik Deutschland!
3. Vergleichen Sie kritisch die energiepolitischen Ziele der EU mit denen der Bundesrepublik Deutschland!